

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Weiter Spielraum - Ladenschlußzeiten -
Raumfahrtagentur - EG-Agrarpreise - US-Handelspolitik**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1989) : Kurz kommentiert: Weiter Spielraum - Ladenschlußzeiten - Raumfahrtagentur - EG-Agrarpreise - US-Handelspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 5, pp. 221-222

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136513>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Staatsverschuldung Weiter Spielraum

Am 18. April hat das Bundesverfassungsgericht nach nunmehr fast sieben Jahren die Normenkontrollklage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom September 1982 zurückgewiesen und der damaligen sozial-liberalen Bundesregierung bescheinigt, daß die Höhe der Kreditaufnahme im Haushalt des Jahres 1981 verfassungskonform war. Das Gericht bestätigte damit, daß die Neuverschuldung die Summe der Ausgaben für Investitionen grundsätzlich zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts überschreiten darf.

Dieses Urteil dürfte den Kläger mindestens ebenso sehr erleichtert haben wie den Beklagten, übertraf doch auch in einigen Jahren nach dem Regierungswechsel, zuletzt 1988, die Neuverschuldung die Höhe der Investitionsausgaben – und das obwohl sich die Wirtschaft seit Jahren im Aufschwung befindet. Und auch für die Zukunft läßt das Gericht dem Gesetzgeber für die jährliche Kreditaufnahme einen relativ weiten Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum. Zwar werden Bund und Länder verpflichtet, ihre Schuldenpolitik genau zu begründen, eine nähere Bestimmung der zulässigen Verschuldungshöhe haben die Richter jedoch nicht vorgenommen.

Statt dessen wird der Gesetzgeber ermahnt, endlich die seit 1969 in Art. 115 GG geforderte nähere Regelung durch ein Bundesgesetz vorzunehmen, d.h. sowohl den Investitionsbegriff als auch den besonders vagen Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts präziser zu definieren. Da diese Begriffe auch unter Ökonomen nicht unumstritten sind, wird es sicher noch längere Zeit dauern, bis dieser Verpflichtung nachgekommen wird. Um so wichtiger ist es, daß die von der Regierung gelieferten Begründungen für höhere Staatsverschuldung von der Öffentlichkeit weiterhin kritisch durchleuchtet werden. wei

Ladenschlußzeiten Überflüssiger Anachronismus

Daß der neueste Bonner Vorschlag zu den Ladenöffnungszeiten – Ladenschluß um 16 Uhr an langen Sonntagen als Ausgleich für die Spätöffnung bis 20.30 Uhr an allen Donnerstagen – auf Ablehnung stößt, kann nicht verwundern. Denn die Gewerkschaften können von ihrem kompromißlosen Widerstand gegen die Spätöffnung (noch) nicht abrücken, was auch immer ihnen

als „Belohnung“ dafür angeboten wird. Die Arbeitgeber ihrerseits befürchten Umsatzeinbußen, wenn die Läden samstags früher schließen müssen, denn nach den bisherigen Erfahrungen kauft an langen Samstagen ein Fünftel der Kunden erst nach 16 Uhr ein.

Daß sich die Arbeitgeber und die Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um die Ladenschlußzeiten einig sind, ist nichts Neues. Neu ist aber, daß die Kunden des Einzelhandels einen Preis für die Spätöffnung am Donnerstag bezahlen sollen, nämlich die Einschränkung der Öffnungszeiten an langen Samstagen, die auch für die Geschäfte gilt, die die alte Öffnungszeit am Donnerstag beibehalten. Dies läuft aber für den Kunden de facto auf eine Verschlechterung der Einkaufsmöglichkeiten hinaus, also auf das genaue Gegenteil dessen, was die Regierung eigentlich angestrebt hatte. Dabei sind die Einkaufszeiten an Samstagen in der Bundesrepublik schon jetzt im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, auch zu denen, die mindestens einen Spätöffnungsabend in der Woche praktizieren, stark eingeschränkt.

Das Ladenschlußgesetz hat heute seinen ursprünglichen Zweck, die Einschränkung der Arbeitszeiten im Einzelhandel, überlebt. Die Arbeitszeiten der im Einzelhandel Beschäftigten sind inzwischen weitgehend von den Ladenöffnungszeiten abgekoppelt. Durch die Arbeitszeitverkürzung der letzten Jahre hat sich diese Abkopplung noch verstärkt. Die Arbeitszeiten im Einzelhandel werden per Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung geregelt, und dies soll auch so bleiben. Eine Regelung der Ladenöffnungszeiten dagegen ist ein überflüssiger Anachronismus, zu dessen Abschaffung der Bundesregierung aber offensichtlich der Mut fehlt. iw

Raumfahrtagentur Schwere Geburt

Mit der nun beschlossenen Gründung der DARA – einer deutschen Raumfahrtagentur nach Vorbild der NASA – geht eine lange und schwere Geburt zu Ende. Nach mehrjährigen Beratungen ist nun entschieden, daß eine GmbH mit etwa 300 Mitarbeitern die staatlichen Weltraumprojekte abwickeln wird. Diese sind bis Ende der 90er Jahre auf ein Gesamtvolumen von 20-25 Mrd. DM zu veranschlagen. Neben den Raumfahrtprojekten des Forschungsministeriums sollen auch Aufträge der Bundeswehr und der Bundespost über die neue Agentur abgewickelt werden. Die DARA wird dabei für die Programmerstellung und Projektleitung sowie für die Vertretung der Bundesrepublik in internatio-

nen Organisationen – vor allem in der entsprechenden europäischen Agentur ESA – zuständig sein.

Die Wahl einer privatrechtlichen Rechtsform für die neue Agentur, wie sie auch bei der Flugsicherung beabsichtigt ist, wird zum einen hinsichtlich ihrer Effizienzwirkungen, vor allem aber unter dem Gesichtspunkt der parlamentarischen Kontrolle zu betrachten sein. Sicherlich ist es zu begrüßen, daß bei der DARA Fachwissen interministeriell konzentriert werden soll und dabei Synergieeffekte realisierbar werden. Mit dem Blick auf die Effizienzverbesserungen lassen sich aber die ordnungspolitischen Bedenken gegen weite Bereiche der nationalen wie der europäischen Weltraumpolitik nicht aus dem Wege räumen. Der politisch gewollte Aufbau einer „Weltraumindustrie“ überschreitet die Förderung von Grundlagenforschung bei weitem und stellt Industriepolitik dar. Für die zu erwartenden Folgen derartiger forschungsinduzierter Produkt- und Branchenpolitik sind Airbus, Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor Beispiel und Warnung zugleich. wal

EG-Agrarpreise GATT sei Dank

Angesichts einer entspannten Haushaltsslage haben sich die EG-Agrarminister dieses Mal rascher als in den vergangenen Jahren über die Agrarpreise verständigt. Die Zufriedenheit der Agrarminister – die an erster Stelle wohl Interessenvertreter der Landwirte sind – über das Agrarpreispaket für das Wirtschaftsjahr 1989/90 kann allerdings kaum geteilt werden.

Gebremst wurden die Bemühungen der Kommission, unter anderem durch einen stärkeren Abbau der Preisstützung den ordnungspolitisch richtigen Weg zu „mehr Markt“ zu ebnen. So wurde ihr Vorschlag, den Zuckerpriß um 5% zu senken, verworfen und auf 2% reduziert. Gern hätte insbesondere die deutsche Seite auf den Preisabschlag von 3% bei Getreide „verzichtet“. Gegen den an Produktionsobergrenzen gekoppelten automatischen Abschlag – einen der im Februar 1988 vereinbarten „Agrarstabilisatoren“ – konnte glücklicherweise nichts ausgerichtet werden. Allerdings wurden Interventionszeiträume und -zuschläge in deutlich geringerem Maße gekürzt, als von der Kommission mit dem Ziel vorgesehen worden war, den Interventionen ihre ursprüngliche Funktion zurückzugeben. Zudem hat der Agrarministerrat eine Senkung bzw. den Fortfall (bei benachteiligten Regionen) der Mitverantwortungsabgabe für Milch durchgesetzt.

Die Landwirte sind damit in der Agrarpreisrunde deutlich besser weggekommen als erwartet. Es ist aber kurzfristig, wenn die Agrarminister Reformbemühungen zur Verringerung der Preisstützungen konterkarieren und damit eine stärkere „wettbewerbliche Bewährung“ der Landwirtschaft verhindern. Sie ist nämlich notwendig; denn vieles spricht dafür – möglicherweise heißt es: GATT sei Dank –, daß das bisherige üppige Beihilfewesen zugunsten der Agrarausfuhren der Gemeinschaft nicht so fortgeführt werden kann. kr

US-Handelspolitik Belastungsprobe für GATT-Verhandlungen

Die amerikanische Regierung hat zu Beginn dieses Monats zum vierten Mal einen Bericht über ausländische Handelsschranken vorgelegt, die amerikanischen Unternehmen den Marktzugang versperren. Der Bericht konzentriert sich auf das öffentliche Auftragswesen und die Telekommunikation, wo ausländische Anbieter es besonders schwer haben und lokale Monopole vorherrschen. Die Hauptadressaten sind Japan, Südkorea, Taiwan, Brasilien, Indien und die EG. Neu ist, daß nunmehr über die reine Dokumentation der Handelshindernisse hinaus handelspolitischer Handlungsdruck besteht. In den angesprochenen Ländern hat der Bericht Wellen der Entrüstung geschlagen. Die Rede ist von fundamentalen Mißverständnissen, Mißachtung des GATT und einseitigem Säbelrasseln. Die EG hat ihrerseits ein Sündenregister der USA präsentiert, verbunden mit dem Hinweis, daß die Verhandlungen darüber im GATT stattfinden sollten.

Dem Krieg der Worte wird freilich nicht sogleich ein tatsächlicher Schlagabtausch folgen. Bis zum 30. Mai muß die Handelsbeauftragte des amerikanischen Präsidenten die Länder und Bereiche nennen, in denen handelspolitische Initiativen ergriffen werden sollen, und bis zum 20. Juni entsprechende Verhandlungen einleiten, die in zwölf bis 18 Monaten zur Reduzierung bzw. Aufhebung der Handelsbeschränkungen führen sollen. Erst danach wäre gegebenenfalls mit Vergeltungsschlägen zu rechnen.

Ungeachtet dieses langgestreckten Zeitplanes stellen die bilateralen Aktivitäten der USA aber eine erhebliche Belastungsprobe der gerade wieder flottgemachten multilateralen GATT-Verhandlungen dar. Denn hier stehen die amerikanischen Unterhändler unter erhöhtem Erfolgsdruck, um einen aggressiv gestimmten Kongreß in Schranken zu halten, zumal der Abbau des Außenhandelsdefizites, insbesondere gegenüber Japan, nicht so recht vorankommt. ko